

Soale-Beitung.

Bezugspreis... Dr. 337.

Abendblatt... Sonntag und Montag einmal

Halle, Mittwoch, den 22. Juli

1914.

Nachwahlen.

Von Dr. P a s h n i e,

Mitglied des Reichstags und des Preuss. Abgeordnetenhauses.

Die Politisierung des deutschen Volkes ist noch nicht so weit vorangeschritten, das aus dem Ergebnis einer Einzelwahl die Antwort auf die letzten Wendungen der Tagesgeschichte herauszubringen wäre.

Unter diesem Gesichtspunkt begrüßen wir die beiden letzten Nachwahlen, die in Coburg wie in Labiau-Wehlau, mit besonderer Freude. Beide haben gezeigt, daß die Fortschrittliche Volkspartei fest in deutschem Boden wurzelt.

Nachlässig suchen die Unterlegenen den Sieg und den Sieger zu verleugern. Wir sollen Lokalinteressen in die Diskussion gezogen haben. Gewiß. Aber welche Partei verzichtet völlig auf derartige Mittel zur Verdeutlichung der eigenen und der gegnerischen Absichten?

Im übrigen aber führte die Volkspartei den Wahlkampf unter prinzipiellen Gesichtspunkten. Den Coburger Nationalliberalen wurde ihre Allianz mit dem Bund der Landwirte vorgeschlagen, die auch nach Wasseremanns Ansicht den ersten Vorstoß zum Verderben gereichte, den Sozialdemokraten ihre Stellung zur Staatsform und Eigentum, ebenso wie ihre Haltung zu sozialpolitischen Gesetzen.

In Labiau-Wehlau war die Lage für die Liberalen äußerst schwierig. Der Großgrundbesitzer leitete das Vorkampf, um den Kreis, der ihm früher mißfiel, zurück zu beschaffen. Es war etwas von der Stimmung des Grafen von Westarp in den Leitern der agrarischen Bewegung: „Nur ein Mandat mehr, nur dies eine!“

Das Tollze wurde in Flugblättern geleistet, die man ja nicht mit Namen zu unterzeichnen braucht. Die Liberalen erscheinen darin als Leute, die nur für die Städte sorgen, das Land aber abgeben lassen.

gezogen. Auch vor persönlichen Berührungsimpulsen des tapferen fortschrittlichen Kandidaten scheute man nicht zurück.

Coburg ist in der Stichwahl erobert worden. Labiau-Wehlau wird aller Voraussicht nach erobert werden. Bei der eigentümlichen Gruppierung der Fraktionen des Reichstags ist dieser Mandatszuwachs in hohem Maße bedeutsam.

Was die Präsidentenwahl betrifft, so wäre, wenn die beiden liberalen Fraktionen und die Sozialdemokratie im ersten Wahlgang zusammenstieße, die Mehrheit für Kämpf selbst für den Fall gesichert, daß die Polen abzwinkten.

Zunächst ist noch der letzte Stoß zu führen und die Niederlage der Konserativen in Labiau-Wehlau zu vollenden. Bei der Hingebung, mit der die Liberalen dort gearbeitet haben, ist an dem Sieg des Bürgermeisters Wagner kaum zu zweifeln.

Russische Balkanpolitik.

Von unserem Korrespondenten.

Petersburg, 18. Juli.

Langsam und zielbewußt sucht Russland seine Stellung im Balkan, die nach den beiden Kriegen stark erschüttert war, wiederherzustellen. Die Vorhüt, mit der Sazonow alle seine Schritte vollführt und die sich stets in Schwächen hält, macht es schwer, den Gängen der Petersburger Diplomatie nachzugehen und zu erkennen, wie weit ihre tatsächlichen Erfolge gehen.

Nach im vorigen Herbst wollten die Gerüchte über einen russischen Einmarsch in Armenien nicht zum Schweigen kommen, und wenn sie von Politikern, die sich mit dieser Frage befaßten und ein Urteil über sie hatten, auch nie ernst genommen wurden, so glaubte doch die öffentliche Meinung daran und vor allem waren sie ein Symptom der russisch-türkischen Beziehungen.

Die russisch-rumänische Annäherung liegt weiter zurück. Zuerst machte sie sich auf der Petersburger Konferenz über die Silistria-Frage fühlbar. Damals begann das Chaffes-troisje zwischen Russland, Österreich, Rumänien und Bulgarien, das allgemeine Ueberlassungskorrespondenz, und dessen Folgen wir heute sehen.

Rumänien. Es wäre Selbsttäuschung, wollte man sie befehlen, und es ist auch kein Zweifel, daß die Politik Österreichs, seine Innere gegen seine rumänischen Interessen wie seine allgemeine Balkanpolitik sie befehligen hat, wenn auch die Hauptgründe der Verschärfung der politischen Konstellation noch tiefer liegen.

Die russische Presse aller Richtungen kämpft um Bulgarien wie der Teufel um die arme Seele. Der Wunsch der deutschen Anleihe hat wahre Wutausbrüche hervorgerufen, und die deutsche Antwort muß es sich gefallen lassen, als eine Bande von Gaunern und Erpressern dargestellt zu werden.

Der Prozeß der Frau Cailleur.

Paris, 21. Juli.

Die Führung der Verhandlungen durch den Schwurgerichtspräsidenten Albanen begegnet im „Figaro“ und den ihm gleichgesinnten Blättern ziemlich scharfer Kritik. Im Namen des Grundgesetzes „Gleichheit aller vor Gericht“ wird die ungewöhnliche Höflichkeit des Vorsitzenden bemängelt, die sich nicht bloß in unvorsommenden Redewendungen, sondern auch in der ganzen Aufmachung zu erkennen gebe.

mette, beklagten. Das Wort Treue findet sich nicht in ihrem Wörterbuch.

Die heutigen Zeugnisaussagen.

Paris, 21. Juli.

Die für die heutige Sitzung vorgeladenen Zeugen: Paul Bourget, die Redakteur und Bureaudirektor des „Figaro“, haben über ihre Wahrnehmungen in der Zeit vom Eintritt der Frau Caillaux in die Redaktionsräume bis zu ihrer Verhaftung ausgesprochen. Auch sollen einzelne „Figaro“-Redakteure befragen, worauf sich ihre Überzeugung stützt, daß der Chefredakteur Calmette nach Veröffentlichung des ersten „No-Briefes“ nicht die Absicht hatte, die zwei anderen Briefe folgen zu lassen. Die Aussagen dieser Zeugen sind aus der Voruntersuchung wohl bekannt. Der Redaktionsdiener Etienne die Tür des Besprechenszimmers und drehte im Augenblick, als Calmette und Frau Caillaux eintraten, den Knopf der elektrischen Beleuchtung aus. Als er wenige Minuten später Schritte hörte, rief er höflich die Tür auf. Frau Caillaux mandte sich mit einem Kuß des Kopfes nach dem Eihretreter und gab nach einem letzten Schuß auf Calmette ab, dessen Körper sich nach dem Redaktionsstisch wie in Scherz krümmte. Redaktionsdiener Riche hatte das gestohlene Kuvert entgegengenommen, das ihm die verheiratete Frau Caillaux beim Eintritt in den Wartesaal überreichte. Er wußte nicht, wer die Dame war, als er das Kuvert dem Chefredakteur im Beisein Paul Bourget überreichte. Der Diener Gercelet will nach der Tat die Worte der Frau Caillaux gehört haben: „Da es keine Gerechtigkeit in Frankreich gibt, habe ich mit selber Recht verfahren.“ Paul Bourget sagte, daß er von Calmette die Worte gehört habe. „Ich muß die Dame empfangen“, obwohl Bourget ihm davon abgeraten hatte. Diese Aussagen entsprechen vollkommen den Befundungen der Voruntersuchung. Frau Caillaux, die nach einer gut durchgeführten Nacht vollkommen frisch aussieht, hat heute einen Spitzentragen in eigenartiger Form umgehängt; sie verfolgt die Verhandlung mit gespannter Aufmerksamkeit. Maitre Chenu zeigt den Geschworenen einen Plan des Zimmers, in dem Calmette Frau Caillaux empfangen hatte. Zu einer langen Erörterung zwischen Maitre Chenu und Laboris gibt im Anschluß hieran die Frage Anlaß, ob Frau Caillaux den ersten Schuß abgab, als Calmette das elektrische Licht der Lampe auf dem Schreibtisch anbrachte. Frau Caillaux kann darüber keine Auskunft geben. Die Frage bleibt deshalb ungelöst. Auch Paul Bourget bestätigt das Tatsächliche seines letzten Gespräches mit Calmette, doch läßt er damit, daß er die Zeugnisaussagen nicht verlassen wollte, ohne seine Überzeugung über diesen Ausbruch zu geben, daß seinem Freund Calmette die Absicht ferngelegen habe, weitere Privatbriefe zu veröffentlichen. Auf die Anfrage Laboris gab Bourget zu, daß er sich in seinem letzten Roman „Der Dämon des Mittags“ über Veröffentlichung von Privatbriefen in dem Sinne verbreitet habe, daß eine solche Publikation vom sittlichen Standpunkt durchaus verwerflich sei. — Wie eine Genjante wirkt die Mitteilung des Vorhanges, daß schon heute der Gatte der Angeklagten,

Herr Caillaux, seine Aussage machen

werde, obwohl er erst als 42. Zeuge in der Liste eingeschrieben ist. Er wird bemerkt, daß heute die Damen im Saal weniger zahlreich sind als gestern. Einige der Geschworenen haben nämlich zum Präsidenten für ihre Gattinnen Eintrittskarten erhalten.

Deutsches Reich.

Eine Interpellation über den Grundbesitz des Herrn von Bismarck.

Aus Dresden wird berichtet: Die Bodenpolitik des Herrn von Bismarck wird im kommenden Landtage bestimmt zur Sprache kommen. Anlässlich der Rätezeitungs-Angelegenheit ist bekannt geworden, daß sich von Bismarck durch systematischen Ankauf von Gütern ein Latifundium geschaffen hat. Das Kriegsministerium hat das Zustandekommen des Latifundiums durch den Verkauf des Rittergutes Klein-Struppen an Herrn von Bismarck untersucht. Infolgedessen wird von der national-liberalen Partei für den Landtag 1915 eine Interpellation eingebracht werden des Inhalts, wie sich dieses Verhalten des Kriegsministeriums mit den Grundgesetzen in Einklang bringen läßt, denen die Regierung anlässlich der Beratung des national-liberalen Antrages Dr. Seeger betreffend die Einzelkonsolidation zugestimmt hat.

Dementis. Die aus Kassel verbreitete Nachricht über die Teilnahme des Königs Georg von England an den deutschen Kaiserjahren wird der „Neuen Politischen Korrespondenz“ von zuständiger Seite als irriglich bezeichnet. Ebenfalls unzutreffend ist die Mitteilung des „Standard“, daß im Spätherbst d. J. der deutsche Kronprinz an der Spitze eines deutschen Geschwaders England einen Besuch abstatten werde.

Schwarzgerichtsvorfälle und Geschworene. Die Tatsache, daß in der letzten Zeit Schwarzgerichtsvorfälle in Ansprachen an die Geschworenen gielten, in denen die Ziele der Geschworenen einer scharfen Kritik unterzogen und die Rechtsprechung hingestellt wurde, hat in der Presse eine lebhafteste Erörterung hervorgerufen. Jetzt äußert sich hierzu auch die schlesische Justizverwaltung im Regierungsorgan, dem „Dresdener Journal“. Dort heißt es:

In einem Teil der Tagespresse wird aus Anlaß einzelner neuerer Verurteilungen die Vermutung ausgesprochen, die schlesischen Schwarzgerichtsvorfälle folgten einem „Mißverständnis“, wenn sie die Geschworenen davor warnen, das Recht zu beugen. Von gut unterrichteter Seite erfahren wir, daß derartige Verwarnungen von der schlesischen Justizverwaltung weder veranlaßt sind, noch gebilligt werden. Bereits der frühere Staatssekretär des Reichs, Justizminister Wittl, Geheimrat Dr. Nierding hat sich im Reichstage über derartige Ansprachen der Schwarzgerichtsvorfälle, insbesondere über die dabei an den Geschworenen gerichtete Kritik abfällig ausgesprochen. Wie wir hören, wird diese Auffassung von der schlesischen Justizverwaltung im vollen Umfange geteilt.

Massenanklagen gegen Sozialdemokraten. Wir haben vor kurzem gemeldet, daß nicht allein gegen Frau Rosa Luxemburg als die Begründerin einer Massenstreikresolution, die in der Generalversammlung des sozialdemokratischen Verbandes Groß-Berlin am 14. Juni angenommen wurde, ein Strafverfahren eingeleitet worden ist, sondern auch gegen andere Teilnehmerinnen an dieser Resolution. Auf diese

haben wird. Nach dem „Vorwärts“ geht der Versuch dahin, sowohl die reberische Empfehlung wie die Zustimmung zur der Resolution unter Anklage zu stellen. Jetzt ist Reichstagsabgeordneter Ledebour nach beiden Richtungen hin veranlassen, nachdem vor ihm Rosa Luxemburg, Dr. Hosenfeld, Wena, Karl (Rechtlich) bereits verurteilt worden waren. Außerdem sind die verantwortlichen Redakteure des „Vorwärts“ Dr. Ernst Meyer und Alfred Wolfsohn wegen der Artikel „Belagte Kriegsminister“ und „Ist nicht noch was“ in Nr. 134 und „Reichsverbandsschäpfung“ und „Ist nicht noch was“ in Nr. 136 des „Vorwärts“ verurteilt worden. Die Artikel handeln von dem Tiefschlag des Generals v. Lindemann und des Geschäftsführers des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie Dr. Franz Zumbig. Das Verfahren richtet sich gegen Dr. Karl Liebknecht und die Redakteure, die die Liebknechtschen Artikel verantwortlich zeichneten. Ihnen wird zur Last gelegt eine Beleidigung des gesamten Staatsministeriums und im speziellen des Kultusministeriums.

Parteinachrichten.

Eine politische Sommer-Akademie. Der „Frankfurter Zeitung“ wird geschrieben: In der Woche vom 9.—15. Aug. wird in dem bayerischen Oberwalddorfen Amorbach eine Zusammenkunft stattfinden, die die Bedeutung der politisch interessierten Kreise wohl verdient. Die Zusammenkunft nennt sich Sommer-Akademie und veranstaltet von Nationalvereinen für das liberale Deutschland, der im Jahre 1907 nach dem Wilhelmsblodman die Wahlen begründet worden ist und in den letzten Jahren sich namentlich durch die Abhaltung politischer Ausbildungskurse an die Sache des Liberalismus verdient gemacht hat. Das Besondere an der Sommer-Akademie besteht darin, daß lediglich zwei Referate durchgearbeitet werden sollen. Als Referenten werden der Göttinger Philosoph Dr. Nelson und der bekannte fortschrittliche Arbeiterleiter Anton Erkelenz (Berlin) genannt. Die beiden Referenten werden sich lediglich mit den wissenschaftlichen Grundlagen der Politik überhaupt befassen. Wir haben es also mit einem Versuch zu tun, auf deutschem Boden jene wissenschaftliche Referendarbeit nachzuahmen, die ja dem englischen und amerikanischen Geistesleben in gewisser Weise einen Stempel aufgedrückt hat.

In dem vorliegenden Prospekt der Sommer-Akademie wird kein geringeres Programm entworfen, als daß in gemeinsamer Arbeit die Grundlagen der deutschen Politik neu durchgedenken und die leitende Idee unserer Partei, die des Liberalismus, als gesellschaftsgehaltendes Prinzip in selbständiger Weise zu erlangen sei.

Mit Absicht ist davon abgesehen worden, für dieses Unternehmen die Werbetrömel zu rühren, da der größte Wert darauf gesetzt wird, mit einem leichten, aber wissenschaftlich strebenden Kreis diese Arbeit zu verrichten. Gehört der Versuch einigermaßen, dann soll die Sommer-Akademie zu einer bleibenden Einrichtung ausgeartet werden.

Hof- und Personalnachrichten.

Der deutsche Kronprinz als Aussteller. Durch das sächsische Ministerium des Innern wurde der Leitung der Ausstellung „Das deutsche Handwerk Dresden 1915“ jenseits mitgeteilt, daß der deutsche Kronprinz kein Einverständnis damit erklärt hat, daß einige von ihm hergestellte handwerksmäßige Gegenstände im nächsten Jahre auf der deutschen Handwerkschau in Dresden ausgestellt werden.

Ausland.

Der Beginn der diplomatischen Aktion.

Die Oesterreich-Ungarn in Belgrad zweifellos unternehmen wird, ist nicht vor Ende dieser Woche zu erwarten; doch ist auch dieser Termin keineswegs feststehend und eine weitere Hinausschiebung des Zeitpunktes der Demarche immerhin möglich. Soviel bisher bekannt ist, wird die Note, die der österreichisch-ungarische Botschafter, Freiherr v. Giesl, der serbischen Regierung überreichen wird, aus zwei Teilen bestehen. Der erste Teil betrifft den Zusammenhang zwischen dem Serajewer Mordattentat und Serbien, soweit die Untersuchung solche Zusammenhänge aufgedeckt hat. Der zweite Teil wird sich auf die Garantien beziehen, die Serbien zu geben imstande und gewillt ist, und die in den Bereich der österreichisch-ungarischen Monarchie ausdehnen sollen. Die Entwidlung der Verhältnisse zwischen der Monarchie und Serbien ist jetzt einzig und allein von der Antwort Serbiens auf die österreichisch-ungarische Note abhängig. In dieser Beziehung überwiegt die Ansicht, daß ein Nachgeben Serbiens zu erwarten steht, und daß infolgedessen ein Konsult mit den Waffen, den die Monarchie nicht will, den sie jedoch, wenn sie dazu gezwungen werden sollte, ausnutzen entschlossen ist, wird vermieden werden können. Vielleicht werden schon die nächsten Stunden oder Tage Nachrichten bringen, aus denen man ein befähigtes Bild von der Weiterentwicklung der Lage wird gewinnen können. Für den Augenblick läßt sich feststellen, daß sich ernste Dinge vorbereiten, die aber nicht notwendigerweise zu den allerersten Konsequenzen führen müssen.

Die österreichische Note an Serbien fertiggestellt.

Wien, 21. Juli. Die Audienz des Grafen Berchtold beim Kaiser Franz Josef im Juli hat jedenfalls das Hauptzweck, die inwischen von den maßgebenden Stellen auf Grund der behördlichen Untersuchungen fertiggestellte Note an Serbien dem Kaiser vorzulegen. Nach des Kaisers Santion kann man wohl in Wäde darauf rechnen, daß die Note von der österreichisch-ungarischen Regierung in Belgrad überreicht wird.

Scharfes Vorgehen gegen die serbische Agitation.

Wie das „Borgerblatt“ aus Serajewo meldet, ist gegen insgesamt 114 Vereinsvorstände von serbisch-österreichischen Vereinen und Schülerverbindungen in Bosnien und der Herzegovina Anklage wegen Zugehörigkeit zu einer hochverräterischen Organisation, die die Abtrennung Bosniens von der gemeinsamen Monarchie vorbereiten sollte, erhoben worden. An den höchsten und den Mittelstufen Bosniens und der Herzegovina sind, der gleichen Quelle zufolge, bisher 295 Schüler wegen Zugehörigkeit zu verbotenen serbischen Verbindungen relegiert worden.

Wichtige Beratungen in Ausland.

Betersburg, 21. Juli. Golanow, der von seinem Gatte im Gouvernement Grodnit nach Betersburg zurückgekehrt ist, wird mit dem inzwischen auch dort eingetroffenen Jiwoffi eine Unterredung haben. Man spricht von wichtigen Beratungen, an denen auch der Gesundheitsrat der Schwedischen in Betersburg teilnehmen wird.

Albanische Note.

Man hält es in Athen für wahrscheinlich, daß der Ende dieser Woche wieder zusammenzutretende epiratische Kongreß doch noch das Protokoll von Korfu annehmen wird, unter dem Vorbehalt, daß die Mächte die albanische Verfassung genehmigen und Albanien das Gepräge eines wirklichen Staates geben. — In Korfu wurde ein Festgottesdienst anlässlich der „Bretung der Stadt vom albanischen Volk“ abgehalten, den der Bischof Germanos, der bekannte griechische Agitator im Priesterkleide, geleitete.

Aus Durazzo wird unterm 21. Juli berichtet: Die gestern abends aus dem Rebellengebiet eingetroffene Antwort lehnt ab, an einem anderen Orte als Schial mit den Vertretern der sechs Großmächte zu verhandeln, und erklärt, daß die Bevollmächtigten der Injuranten verpflichtet seien, darauf zu bestehen, daß die Verhandlungen inmitten des Volkes geführt würden. Die Vertreter der Großmächte werden heute beschließen, ob sie nach Schial gehen werden. — Es ist festgelegt worden, daß der militärische Leiter der Aufständischenbewegung ein Offizier ist, der unter Zorjut Pascha General-Feldmarschall war.

In der Illerstrasse sind die Differenzen der beiden Gegner mehr und mehr zusammengekrümpt. Der Kampf geht nicht mehr um die ganze Provinz Illter, sondern nur noch um einen kleinen Teil derselben. Bekanntlich sind die wettischen Kreise überwiegend katholisch und nationalistisch, während in den östlichen, nämlich Londenberg, Antrim und Down, die protestantischen Einwohner überwiegen. In der Grafschaft Tyrone halten sich die Parteien ungefähr die Waage, 79 150 Katholiken gegen 65 650 Protestanten gegenüber. Die Regierung soll nun, wie es heißt, bereit sein, die Einschränkung der Ausschließung Illters von der Dubliner Regierung aufzugeben. Illter wird sich also nach einer bestimmten Anzahl von Jahren aus sich selbst heraus entwickeln können, ob irisch oder durch englisch bleiben will. Sowohl die Nationalisten wie die Illteristen erklären, jederzeit zu den Waffen greifen zu wollen, wenn die Entscheidung nicht zu ihren Gunsten ausfällt. Aber wie von Beginn der Homeulefrage an stets das „Greifen zu den Waffen“ mit großem Stimmenaufwand vorgebracht wurde und sich schließlich mit dem territorialen Umkreis der „Nütigen“ mehr und mehr verringert hat, so ist zu erwarten, daß auch das letzte Kräftchen sich in eitel Wohlgefallen auflösen dürfte. „König Carion“ und seinen Anhängern dürfte ein Beschluß recht unangenehm sein, der jünger als dem Kongreß der irischen Trade-Union und Arbeiterpartei gefaßt wurde. Dem Vorstiz hienau führte Mr. Tom Johnson, und in der Resolution wurde scharf gegen die Carionisten vorgegangen. Es heißt darin, daß die sogenannte provisorische Regierung Illters ausschließlich aus den landbesitzenden Klassen zusammengesetzt sei. Alle Anhänger der Demokratie in Illter werden aufgefordert, sich dieser ultrarepublikanischen Körperlichkeit mit allen Kräften zu widersetzen und dafür zu sorgen, daß Irland eine unteilbare Einheit bleibe. Natürlich darf auch diese Resolution nicht zu wörtlich genommen werden. Sie sollte eben nur als ein Gegengewicht gegen die ererbten Forderungen der Illteraner dienen, aber es scheint doch, daß die irischen Arbeiter, die besonders in Illter einflußreich sind, keine Sympathie für eine Trennung haben.

Die Stimmung in Schweden gegen Rußland. Das liberale Blatt „Siochholms Tidningen“ veröffentlicht einen bemerkenswerten Artikel, in dem das einflußreiche Blatt den absoluten Willen Schwedens hervorhebt, unter allen Umständen auch in Zukunft wie in der Vergangenheit eine vorzügliche und ehrliche Neutralität zu bewahren. Der Artikel wendet sich dann scharf gegen die nationalistische Strömung im Lande und richtet schwere Angriffe gegen den bekannten Forscher Sven Hedin wie gegen die schwedischen Champlinier überhaupt. Dieses seien die einzigen Kreise, die Rußland feindlich gegenüberstehen, während der König von Schweden und selbst der schwedische Reichstag durchaus nicht von russeneindischen Gefühlen befeuert sind.

110 000 Streikende in Betersburg. Nach amtlichen Feststellungen ist die Zahl der Streikenden am Montag auf 110 000 gestiegen. Die Fragen rote Fragen, gegen revolutionäre Ziele hielten bei. Die Streikenden fordern Demokratie die Polizei mit Steinen und verletzten 3 Polizisten, 5 Revolverauslöser und 11 Schulkinder. In einigen Fällen mußte die Polizei Revolver schießen abgeben, um die Menge zu zerstreuen. Es wurde dabei niemand verletzt. 45 Arbeiter wurden verhaftet. Abends kam es im Widorge Stadtteil zu Ausschreitungen. Circa 2000 Arbeiter führten die Pferdewagen an. Die dagegen einschreitende Polizei wurde von der Menge aus Fenstern und Türen mit Steinen beworfen. Es wurden auch Schiffe abgefeuert. Die Polizei lösch auf die Demonstranten nach den offenen Fenstern. Ob jemand verwundet ist, konnte nicht festgestellt werden. 3 Polizisten sind verletzt worden.

Der Orientbahnverkauf. Die Orientbahnverhandlungen wurden in Belgrad zwischen dem serbischen Bauminister und Direktor Müller, der nach der Abreise der österreichischen und ungarischen Delegierten im Namen seiner Gesellschaft und der österreichischen Regierung die Verhandlungen leitete, fortgeführt. Es wurde ein Protokoll unterzeichnet, das den definitiven Abschluß der so lange sich hinziehenden Transaktionen in unmittelbare Nähe rückt. Wie verlautet, wurde über die bisher kritischen Fragen der Schloßbauordnung der Gesellschaft wegen der durch die Schädigung der Strecke und der Gebäude in den Krieg erlittenen Verluste, sowie über die Rückgabe des vollen und sonstigen beweglichen Bahnmaterials eine volle Einigung erzielt: Es wird keine Entschädigung gefordert, da der Schaden kein bedeutendes ist. Die zweite Frage ist erledigt durch die bereits erfolgte Rückgabe des beweglichen Materials. So blieb nur noch die Schwierigkeit wegen des Ankaufpreises, da die serbische Regierung bisher bei 42 Millionen verblieb, während die Gesellschaft 46 Millionen forderte. Nunmehr hat der Bauminister sich zu einem Mehrangebot entschlossen, das sich zwischen 42 und 45 Millionen bewegen soll. Direktor Müller hat das Angebot vorbehaltlich der Zustimmung seiner Gesellschaft angenommen und sich wiederum nach Wien zur Einholung von Instruktionen begeben. In 2 oder 3 Tagen erwartet man den definitiven Abschluß.

